Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2003)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Verwaltungsbericht der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Autor: Egger-Jenzer, Barbara / Andres, Dora

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-418490

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

9. Verwaltungsbericht der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Direktorin: Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer
Stellvertreterin: Regierungsrätin Dora Andres

9.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Folgende Schwerpunkte prägten das Berichtsjahr:

- *Gesamtverkehrsstudien:* Die vom Bund im Rahmen seiner aktiveren Agglomerationsverkehrspolitik geforderten Mobilitätsstrategien sind in den Agglomerationen Bern, Burgdorf und Thun weiterentwickelt worden. Es geht dabei primär um die Konzentration der Siedlungsentwicklung, die Verkehrslenkung sowie den gezielten Ausbau im öffentlichen und privaten Verkehr. Die Studien werden vom Kanton und den regionalen und lokalen Körperschaften zusammen bearbeitet und bringen erstmals gesamtheitliche Lösungsansätze mit aufeinander abgestimmten Massnahmen in den Bereichen Siedlung, Langsamverkehr, öffentlicher Verkehr, Parkierung und Strasse.
- *Tram Bern West:* Für die Realisierung des Trams Bern West, einem Musterbeispiel für die oben erwähnte neue Agglomerationsverkehrspolitik des Bundes, konnten die notwendigen Kreditbewilligungen der Stadt Bern (Volksabstimmung) und des Grossen Rates eingeholt werden. Ausstehend ist die Referendumsabstimmung auf Kantonsebene.
- *S-Bahn:* Der Abschluss der Bahn 2000, 1. Etappe, im Jahr 2004 und der damit verbundene völlig neue Fahrplan per 12. Dezember führte im Berichtsjahr zu bedeutenden Anpassungen bei der S-Bahn sowohl im Bereich Rollmaterial als auch bei der Infrastruktur (z.B.: Umbau zur Leistungssteigerung im Hauptbahnhof Bern, verschiedene Doppelspurausbauten, neue Station Wankdorf, Ausbau Bahnhof Zollikofen). An diesen Arbeiten waren neben dem Kanton Bern der Bund, die Nachbarkantone und die Transportunternehmungen beteiligt.
- *Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf:* Dieses Gebiet symbolisiert wie kaum ein anderes im Kanton Aufbruchstimmung und Vertrauen in die Zukunft. Für die neue S-Bahn-Station erfolgte der Spatenstich, und für den Wankdorfplatz, welcher unbestrittenermassen den heutigen Ansprüchen und Vorstellungen nicht mehr zu genügen vermag, wurde eine Mitwirkungsvorlage ausgearbeitet.
- *Engere Zusammenarbeit zwischen Transportunternehmungen:* Die BVE hat für die Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs strategische Grundsätze formuliert. Sie leistet damit einen aktiven Beitrag innerhalb der langfristigen Diskussionen rund um die neue Bahnlandschaft Schweiz und reagiert gleichzeitig auf die verschiedenen Spar- und Sanierungsprogramme auf Bundes- und Kantonsebene. Zusammen mit verschiedenen Transportunternehmungen sind Projekte für eine stärkere Zusammenarbeit gestartet worden (z.B. BLS/RM oder RBS/BERNMOBIL/Post-Auto). Ziele dieser Projekte sind jeweils sowohl die Verbesserung des öV-Angebotes als auch die Stärkung der Transportunternehmen und die finanzielle Entlastung der Besteller (insbesondere Bund und Kanton).
- *Förderung der Nachhaltigen Entwicklung:* Die BVE setzt sich allgemein zum Ziel, die verschiedensten Vorlagen unter dem Aspekt der Nachhaltigen Entwicklung zu betrachten und entsprechend weiterzuentwickeln. Gemäss kantonalem Richtplan soll zum Beispiel die Nachhaltige Entwicklung insbesondere auch auf lokaler Ebene gefördert werden. Darauf basierend ist der Kompetenzverbund Lokale Agenda 21 geschaffen worden, welcher auf der Kooperation von Kanton, Gemeinden und privaten Anbietenden von Dienstleistungen beruht. Massnahmen zur nachhaltigen Entwicklung in den Gemeinden können inhaltlich und finanziell gezielt unterstützt werden.
- *Jahr des Wassers:* Im Berichtsjahr unternahm das Wasser- und Energiewirtschaftsamt grosse Anstrengungen, um der Bevölkerung und den politischen Behörden in den Gemeinden die Wichtigkeit des Wassers nahe zu bringen. Dass es sich häufig um eine Gratwanderung zwischen Nutzung einer Ressource und deren Schutz handelt, wurde im extrem heissen und wasserarmen Sommer 2003 besonders deutlich.
- *Inselspital:* Das für beinahe 50 Millionen Franken instand gesetzte Wirtschaftsgebäude konnte termingerecht eingeweiht werden. Beim Intensivbehandlungs-, Notfall- und Operationszentrum (INO) erfolgte die öffentliche Ausschreibung zur Suche eines neuen Generalplaners. Der Beschwerde gegen die entsprechende Vergabe entzog das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung, sodass kurz vor Jahresende der entsprechende Vertrag unterzeichnet werden konnte. Da definitiv klar wurde, dass das bisherige Kostendach von 215 Millionen Franken nicht ausreichen wird, war im Detail zu ermitteln, in welcher Höhe ein Zusatzkredit beim Grossen Rat beantragt werden muss.
- *Zusammenlegung Hochbauamt und Liegenschaftsverwaltung:* Gestützt auf die Überprüfungsarbeiten im Hochbau- und Liegenschaftsbereich (SAR-Projekt Optimmo) beschloss der Regierungsrat, die beiden Ämter zu einem einzigen Amt in der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion zusammenzulegen. Damit wurden die Voraussetzungen für den Aufbau einer operativ und strategisch transparenten und effizienten Organisation geschaffen. 2003 erfolgten erste notwendige Vorbereitungsmassnahmen. Die notwendigen Gesetzesänderungen wurden eingeleitet. Der formelle Zusammenschluss ist auf den 1. Januar 2005 vorgesehen.
- *Umsetzung der SAR-Planungserklärung zu Geodaten:* Das Vermessungsamt beabsichtigt, künftig alle in der Verwaltung benötigten Geodaten zentral in einer Datenbank zu speichern und zu bewirtschaften. Dadurch werden der kantonalen Verwaltung in einfacher Form geografische Informationen zur Verfügung stehen und zur Lösung der Aufgaben mit Raumbezug beitragen. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungseinheiten wird gefördert und vereinfacht. Ausserdem kann eine mehrfache Datenerhebung vermieden werden. Der Regierungsrat hat dem Projekt Geodatenbank Kanton Bern am 3. Dezember zugestimmt und das Geschäft an den Grossen Rat zur Behandlung in der Februar-Session 2004 überwiesen.

9.2 Berichte der Ämter

9.2.1 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist in sich eine einzige Produktgruppe («Führungsunterstützung»), gegliedert in zwei Produkte.

Produkt «Führungsunterstützung»
Seit dem Rücktritt von Generalsekretär Beat Schwabe im Frühjahr wird das GS von Generalsekretärin Renate Amstutz alleine geleitet. Als stellvertretende Generalsekretärin nahm Cornelia Diethelm ihre Tätigkeit im September auf.
Im Berichtsjahr stellte die Erarbeitung und Verabschiedung der Direktionsstrategie 2003–2006 und der Direktionsziele für 2005 einen wichtigen Meilenstein für die Einführung von NEF dar. Strategische Überlegungen zur Organisation des Generalsekretariates führten zu Optimierungsmassnahmen.
Das Generalsekretariat begleitet verschiedene ämterübergreifende,

strategische Vorhaben und wirkt in den jeweiligen Projektorganisationen mit. So leitete die Generalsekretärin die Behördendelegation S-Bahn 2005 im Hinblick auf die Einführung von Bahn 2000, 1. Etappe, welche Anpassungen an Fahrplan, Rollmaterial und Infrastruktur notwendig macht.
Zusammen mit der Finanzdirektion begleitete das Generalsekretariat den Gang der BKW FMB Energie AG an die Schweizer Börse SWX. Dabei reduzierte der Kanton seine Beteiligung von 63,5 Prozent auf 52,9 Prozent und erzielte einen Nettoerlös von 174,5 Mio. Franken.
Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen getroffen, damit die kantonale Verwaltung ab 2004 ihre Beschaffungen online auf www.simap.ch erfassen kann. Für die Unternehmungen entsteht dadurch eine wesentlich bessere und einfachere Übersicht, da nun sämtliche aktuellen Ausschreibungen des Kantons Bern – und auch zahlreicher anderer Kantone – jederzeit im Internet eingesehen werden können.

Produkt «Dienstleistungen für Ämter»
Das Berichtsjahr war geprägt durch die Umsetzung der SAR-Massnahmen im Rahmen des Budget- und Finanzplanungsprozesses. Dazu waren umfangreiche Abklärungen über die Auswirkungen des Bundes-Entlastungsprogrammes 2003 und der Steursenkungsinitiative vorzunehmen. Auf gesamtstaatlicher Ebene hat sich das Generalsekretariat in den Projekten NEF und FIS stark engagiert und direktionsintern weitere Vorbereitungen im Hinblick auf deren Einführung getroffen. Die neuen, für die Planung und Anlagenbuchhaltung erforderlichen Informatikmittel wurden getestet und entsprechende Schulungsmassnahmen durchgeführt.
Im Rahmen der organisatorischen Optimierungen wurde auch die Informatikabteilung im Detail analysiert. Verbesserungen wurden eingeleitet, damit die Abläufe optimal funktionieren und die Qualität der Dienstleistungen weiter gesteigert werden kann.

9.2.2 Rechtsamt

Das Rechtsamt ist in sich eine einzige Produktgruppe («Verwaltungsrechtspflege und rechtliche Dienstleistungen»), gegliedert in zwei Produkte.

Produkt «Verwaltungsinterne Verwaltungsrechtspflege»
Das Rechtsamt hat im Jahr 2003 ein neues elektronisches Datenverwaltungssystem eingeführt, das mit einer Entscheiddatenbank verbunden ist (Tribuna). Der Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ist deshalb leicht eingeschränkt.

Mit 268 Eingängen war die Beschwerdelast ähnlich hoch wie in den Vorjahren (2001: 264, 2002: 279). Darunter finden sich 167 Beschwerden gegen Bauentscheide (2002: 187), und 55 in Baupolizeisachen (2002: 59). Dabei ging es in 25 Fällen um Mobilfunkanlagen (2002: 19). Die Zahl der Reklamefälle ging auf sieben zurück (2001: 21; 2002: 32). Mit dem neuen kantonalen Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, das am 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft getreten ist, wurde die BVE erste Beschwerdeinstanz für Beschwerden gegen Beschaffungen der Ämter der Direktion. In diesem Jahr gingen 15 Beschaffungsbeschwerden ein.

Den insgesamt 268 Eingängen stehen 281 Erledigungen gegenüber. Da Eingänge und Erledigungen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen, kann von einer ungefähr gleichen Verfahrensdauer wie im Vorjahr ausgegangen werden (ungefähr sechs Monate).

Produkt «Rechtliche Dienstleistungen»
Die Totalrevision des Abfallgesetzes wurde vom Grossen Rat im Juni 2003 beschlossen. Zurzeit wird die dazu gehörende Abfallverordnung erarbeitet. Abfallgesetz und -verordnung werden voraussichtlich Mitte 2004 in Kraft treten.
Das Bergregalgesetz und die nötige Anpassung der Ausführungsgesetzgebung treten am 1. März 2004 in Kraft.

Aus dem in der November-Session verabschiedeten SAR-Ergänzungsbericht folgt der Auftrag, die Liegenschaftsverwaltung der Finanzdirektion und die Abteilung Signalisation der Polizei- und Militärdirektion in die BVE überzuführen. Die damit verbundenen Gesetzesanpassungen werden das Rechtsamt, neben Ausführungserlassen in diversen anderen Gebieten, im kommenden Jahr beschäftigen.

Die BVE mit ihren Bauämtern tätigt am meisten kantonale öffentliche Beschaffungen. Im Erfahrungsaustausch unter den Ämtern und den verschiedenen Direktionen ist die Meinung des Rechtsamtes häufig gefragt. Es bringt sein Spezialwissen auch bei anderen Interessierten ein und steht den Regierungsstatthalterämtern bei der Schulung der Gemeinden zur Seite.

9.2.3 Koordinationsstelle für Umweltschutz

Die Koordinationsstelle für Umweltschutz ist in sich eine einzige Produktgruppe («Nachhaltige Entwicklung und Integration Umweltschutz»), gegliedert in zwei Produkte.

Produkt «Förderung der nachhaltigen Entwicklung im Kanton Bern»
Sowohl auf der Ebene der Grundlagen als auch bei der Umsetzung in der Praxis sind wichtige Schritte erfolgt: Mit einer der Massnahmen im kantonalen Richtplan (G_01) soll die Nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene in den Gemeinden gefördert werden. Für die Umsetzung der Richtplanvorgabe hat die Umweltschutzdelegation des Regierungsrates der Schaffung eines Kompetenzverbunds Lokale Agenda 21 (beruhend auf einer Kooperation von Kanton, Gemeinden und privaten Anbietenden von Dienstleistungen) sowie dem entsprechenden Finanzierungskonzept zugestimmt. Damit kann die KUS während einer zweijährigen Pilotphase die nachhaltige Entwicklung in den Gemeinden gezielt inhaltlich und finanziell fördern.

An der 5. Tagung zur Nachhaltigen Entwicklung in der Gemeinde nahmen unter anderen 50 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aus rund 40 Gemeinden teil. In Workshops wurden konkrete Umsetzungsbeispiele diskutiert. Das Referat «Gemeindefinanzen nachhaltig entwickeln» stiess auf grosses Interesse. Um die Gemeinden auf ihrem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung noch besser zu unterstützen, wurde das Vademecum «Nachhaltige Entwicklung in der Gemeinde» vollständig überarbeitet. Dabei wurden gezielt die spezifischen Bedürfnisse der Berner Gemeinden und des Kantons berücksichtigt.

Als Grundlage für den Antrag des Regierungsrates an den Bundesrat zur Wiederaufnahme der Inventarisierungsverfahren «Moorschutz an der Grimsel» ist eine Beurteilung der Wirkungen des Projektes «KWO plus» auf die Nachhaltige Entwicklung des Kantons durchgeführt worden. Die Arbeitshilfe «Vom Preiswettbewerb zum Nachhaltigkeitswettbewerb» wurde an die neue Beschaffungs-Gesetzgebung angepasst und aktualisiert. In der Öffentlichkeitsarbeit zum schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und zum Umweltschutz nimmt die Bedeutung des Internets stetig zu: In enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung und den interessierten Fachstellen wurde eine Internet-Informationsstelle für finanzielle Beiträge des Kantons und des Bundes an Vorhaben im Landschafts- und Naturschutzbereich erarbeitet (www.be.ch/beitragswesen-landschaft). Das Internetangebot der KUS (www.kus.bve.be.ch) und das Internetportal «Ber-ner Umwelt» (www.be.ch/umwelt) wurden laufend aktualisiert. Völlig überarbeitet wurde das Webangebot «Umweltbildung» (www.kus.bve.be.ch/d/umweltbildung). Zudem hat die KUS bei der

Neukonzeption der gemeinsamen Website der kantonalen Umweltschutzämter der Schweiz (www.kvu.ch) mitgewirkt.

Die interkantonale Zusammenarbeit mit Blick auf eine Harmonisierung des Umweltschutzvollzugs gewinnt an Bedeutung. Die KUS hat den Kanton Bern in verschiedenen interkantonalen Gremien vertreten: Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU), Cercle Bruit, UVP-Fachgruppe der welschen Kantone, Tessin und Bern (grEIE). Der neue Informationsflyer «Ökologie am Arbeitsplatz» fasst allgemeine Verhaltensregeln zusammen und bietet spezifische Informationen für die Abfallentsorgung. Zusammen mit der Interessengemeinschaft Ökologische Beschaffung wurde in Bern ein Seminar für öffentliche Beschaffungsstellen durchgeführt. Dank eines Grossbezuges aus Belgien konnten 728 Lehrmittel zu Umweltthemen (Vorjahr 282) und 447 Video-Kassetten der interkantonalen Arbeitsgruppe Info-environnement (39) abgesetzt werden.

Produkt «Umweltverträglichkeit von Grossprojekten (UVP)»
Nach dem mengenmässig aussergewöhnlichen Vorjahr (58 Projekte) bewegte sich die Zahl der eingereichten UVP-pflichtigen Projekte (34) wieder im langjährigen Rahmen. Dies hat etwas zur Entschärfung der angespannten personellen Ressourcensituation beigetragen. Fast ein Drittel der neuen Projekte betrifft Anlagen für die Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere (11 Projekte). Ein Novum für den Kanton Bern sind UVPs für Betriebe, in denen mit gentechnisch veränderten oder pathogenen Organismen gearbeitet wird (3 Projekte). 36 Projekte wurden bezüglich ihrer Umweltverträglichkeit – in der Regel fristgemäss – beurteilt (Vorjahr: 42 Projekte). Fast ein Drittel davon betrafen verkehrsintensive Anlagen wie Einkaufs- und Verteilzentren sowie Parkplätze (11 Projekte). Mit einer Ausnahme konnte der Leitbehörde positiven Antrag gestellt werden. Markant zugenommen haben die Anfragen von Leitbehörden und Gesuchstellern, welche die UVP-Pflicht und das Vorgehen bei neuen Bauvorhaben betreffen.

Die UVP-Abläufe wurden für den wirkungsvolleren und schnelleren Vollzug weiter optimiert. Die kantonale Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (KUVPV) wurde revidiert mit dem Ziel, das Verfahren zu straffen und die Behandlungsfristen zu verkürzen. Die interkantonale Zusammenarbeit zur Harmonisierung des UVP-Vollzugs wurde fortgeführt, die Herausgabe von interkantonalen UVP-Richtlinien steht vor dem Abschluss. Zur Optimierung der UVP-Praxis fand zusammen mit der solothurnischen Fachstelle der dritte Workshop für UVP-Büros zu den Themen «UVP-Pflicht», «UVP und Raumplanung» und «Optimierung der UV-Berichterstattung» statt. Zur Umsetzung der Musterberichte für die Amts- und Fachberichte und den Gesamtbauentscheid wurden zwei Schulungsveranstaltungen für die kantonalen Umweltschutzfachstellen durchgeführt. Aktiv beteiligt hat sich die KUS an der «Evaluation UVP» des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL).

9.2.4 **Vermessungsamt**

Das Vermessungsamt ist in sich eine einzige Produktgruppe («Vermessung und Geoinformation»), gegliedert in vier Produkte.

Produkt «Steuern der Realisierung der amtlichen Vermessung»
Die Aktualisierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Daten der Amtlichen Vermessung (Projekt LWN) zeigt erste positive Auswirkungen: Im Jahr 2003 konnte die Realisierungseinheit 2 des Projektes, umfassend eine Fläche von zirka 55 000 Hektaren – das heisst nahezu 10 Prozent der Kantonsfläche – in der Bearbeitung abgeschlossen und per 1. Januar 2004 genehmigt werden. Die nunmehr digital vorhandenen und aktualisierten Daten der Amtlichen Vermessungen werden vermehrt genutzt durch Infrastrukturunternehmungen (z. B. die BKW Energie AG, Wasserversorgungen, SBB), durch kantonale und kommunale Behörden (z. B. in Land- und Forstwirtschaft, Steuerbehörden, Planungsämter) und durch das Vermessungsamt selber zur halbautomatischen Erstellung des digitalen Übersichtsplanes. Verglichen mit dem Vorjahr kann aber auch eine spürbare Reduktion der Einsprachen gegen die Eröffnung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen in den Gebieten mit aktualisierten Daten festgestellt werden. Und oft gelingt es sogar, die eingereichten Einsprachen auf der Grundlage der nun flächendeckend zur Verfügung stehenden digitalen Orthofotos zu entscheiden, sodass die Feldarbeit entfällt.

Produkt «Geodätische Grundlagen und Hoheitsgrenzen»
Nahezu alle Karten, Pläne und Daten mit Raumbezug beruhen auf einem nationalen Bezugsrahmen für die Lage und einem für die Höhe. Die rund 100-jährigen Bezugsrahmen wurden in den vergangenen Jahren durch das Bundesamt für Landestopographie erneuert und gleichzeitig an die europäischen Bezugssysteme angeschlossen.
Alle Daten der Amtlichen Vermessung und viele weitere Datenbestände, die auf den Daten der Amtlichen Vermessung aufbauen, müssen in den neuen Bezugsrahmen «Landesvermessung 1995 (LV95)» transformiert werden können. Als Grundlage für diese Transformation werden zurzeit, verteilt über die ganze Schweiz, bestehende Lagefixpunkte ausgewählt und im neuen Bezugsrahmen bestimmt. Die Auswahl, Messung, Berechnung, der Qualitätsnachweis, die Dokumentation und Publikation dieser Punkte sind Aufgaben, die durch die Kantone in den Jahren 2001–2004 im Rahmen der Arbeiten «Kantonale Dreiecksvermaschung» gelöst werden müssen. Ein koordiniertes und zeitgleiches Vorgehen aller Kantone ist unabdingbar, damit die notwendigen Transformationsgrundlagen rechtzeitig Ende 2004 flächendeckend über die gesamte Schweiz zur Verfügung stehen. Das Vermessungsamt des Kantons Bern hat das Konzept erstellt und die Messungen durch Dritte ausführen lassen. Zurzeit werden die Daten ausgewertet und für die Publikation vorbereitet. Ein termingerechter Projektabschluss ist aus heutiger Sicht auf Ende 2004 zu erwarten.

Produkt «Distribution von Geoinformationen»
Die Verordnung für das kantonale Grundstückdateninformationssystem GRUDIS trat am 1. März 2003 in Kraft. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, dass den interessierten Gemeinden, den berechtigten Stellen der kantonalen Verwaltung sowie den Nachführungsgeometern, den Notaren und Dritten der Zugriff auf GRUDIS eingerichtet werden konnte. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat am 5. November 2003 zudem einer Erweiterung der Anwendung GRUDIS zugestimmt. Dadurch wird künftig auch der Zugriff auf digitale Pläne möglich sein.

Die Anwendung GEODAT-View, welche allen Personen der kantonalen Verwaltung seit April 2002 zur Verfügung steht, konnte um einige wichtige digitale Karten aus den verschiedensten Themenbereichen erweitert werden. So sind z. B. neu verschiedene administrative Einteilungen der kantonalen Verwaltung, die landwirtschaftlichen Zonengrenzen, der Übersichtszonenplan, die Übersichtskarte der Wasserversorgungen, die Kartierungen von Lothar-Waldschäden und der Ökomorphologie von Fliessgewässern im Intranet verfügbar.

Produkt «Schaffen und Umsetzen von nachhaltigen Rahmenbedingungen für Geoinformation»
Die kantonale Grundstückdatenbank GRUDA wurde angepasst und erweitert, damit künftig Fusionen von Gemeinden mit dem System verarbeitet werden können. Mit den Fusionen von Englisberg und Zimmerwald zur neuen Gemeinde Wald sowie von Niederwichtrach und Oberwichtrach zur neuen Gemeinde Wichtrach wurden die neu geschaffenen Funktionen im Jahreswechsel 2003/2004 erstmals und erfolgreich in der Praxis eingesetzt.

Für die Fachbereiche Nutzungsplanung und Landschaftsentwicklungskonzept wurde in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen kantonalen Ämtern sowie privaten Planern und Geometern die Erarbeitung von einheitlichen Datenmodellen gestartet. Damit wurde eine zentrale Forderung der vom Grossen Rat verabschiedeten SAR-Planungserklärung Nr. 36 (SVP, Grunder) in Angriff genommen. Einheitliche Datenmodelle sind einerseits Voraussetzungen, dass Geodaten, die in den Gemeinden und Regionen nach definierten Kriterien erhoben werden, später beim Kanton ohne zusätzlichen Aufwand zusammengefasst und genutzt werden können. Andererseits erlauben sie auch den Austausch von Kantonsdaten mit Gemeinden und interessierten Dritten.

Im Sinne der vom Grossen Rat verabschiedeten SAR-Planungserklärung Nr. 47 (FIKO und GPK) beabsichtigt das Vermessungsamt, künftig alle in der Verwaltung benötigten Geodaten zentral in einer Datenbank zu speichern und zu bewirtschaften. Dadurch werden der kantonalen Verwaltung geografische Informationen zur Lösung ihrer Aufgaben mit Raumbezug in einfacher Form zur Verfügung stehen. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungseinheiten wird gefördert und vereinfacht sowie eine mehrfache Datenerhebung vermieden. Das Konzept für die kantonale Geodatenbank wurde im Herbst fertig erstellt. Der Regierungsrat hat dem Projekt Geodatenbank Kanton Bern am 3. Dezember zugestimmt und wird das Geschäft dem Grossen Rat im Februar 2004 unterbreiten.

9.2.5 Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft

Produktgruppe «Gewässer- und Bodenschutz»

Produkt «Siedlungsentwässerung»
Die Gewässerschutzmassnahmen in der Landwirtschaft verändern sich zunehmend und werden dadurch immer mehr ein Teil der Siedlungsentwässerung. Mit der seit 1996 intensivierten Erstellung von Güllengruben konnte erreicht werden, dass die Lagerkapazitäten heute, regional betrachtet, im Allgemeinen genügend gross sind. Die noch bestehenden Defizite sind primär lokaler Art und beschränken sich auf Einzelbetriebe. Eine sachgerechte und zukunftsorientierte Beurteilung der notwendigen Massnahmen wird durch die sich auch in den nächsten Jahren fortsetzende Umstrukturierung in der Landwirtschaft und die damit verbundene Unsicherheit stark erschwert. Die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Verwertung von häuslichem Abwasser nimmt zudem ständig ab. Das lokale Umfeld, die Nachbarbetriebe, die Erstellung von Kleinkläranlagen oder Gruppenmassnahmen sowie eine allfällige Erweiterung des Kanalisationsnetzes in den Sanierungsgebieten müssen bei den eingereichten Projekten umfassend mitberücksichtigt werden. Diese erweiterte Betrachtungsweise hat zur Folge, dass die Bearbeitung der Gewässerschutzgesuche und der Vollzug des Gewässerschutzes im ländlichen Raum komplexer werden und auch mehr Zeit beanspruchen.

Produkt «Abwassereinigung»
Im Berichtsjahr wurden die letzten Entscheide gemäss Vollzugskonzept Siedlungsentwässerung 1997 gefällt. Als letztes Grossprojekt konnte der Ausbau der ARA Worblental begonnen werden. Im Sachplan Siedlungsentwässerung, der im Dezember in die Mitwirkung geschickt wurde, werden neu 27 Abwasserreinigungsanlagen in hoher Priorität aufgeführt. Betroffen sind vor allem mittlere und kleine Anlagen. Bei den mittleren Anlagen stehen Erweiterungen und Sanierungen an, kleinere Anlagen sollen bei hohem Sanierungsbedarf aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen aufgehoben und deren Einzugsgebiete an grössere Anlagen angeschlossen werden.

Produkt «Gewässerschutz in Industrie und Gewerbe»
Der Umweltschutz hat gemäss neuesten Umfragen in der Wahrnehmung der Bevölkerung nur noch eine mässige bis geringe Priorität. Demgegenüber ist die Akzeptanz des Gewässerschutzes in den gewerblichen und industriellen Betrieben trotz wirtschaftlich schwierigen Zeiten erfreulicherweise nicht entscheidend kleiner geworden. Dies ist sicher auch dem Bemühen um einen kooperativen Vollzug (gekennzeichnet beispielsweise durch Eigenkontrollmodelle), der fachlichen Beratung der Betriebe sowie der flexiblen Handhabung von Sanierungsfristen zu verdanken. Ein Beispiel dazu aus dem Berichtsjahr ist die Zusammenarbeit mit der Zahnärztegesellschaft des Kantons Bern mit dem Ziel, die in den Abwasserleitungen der Zahnarztpraxen vorhandenen Rückstände an umweltgefährdendem Amalgam korrekt zu entsorgen. Die Sanierungsarbeiten werden von den Zahnarztpraxen in Eigenverantwortung nach Anleitung des GSA vorgenommen.

Produkt «Gewässerschutz in der Landwirtschaft»
Das Modul Gewässerschutz im Projekt GELAN (Gesamtlösung EDV Landwirtschaft) wurde mit einer Nacherhebung überprüft. Damit erhielten alle Landwirte die Möglichkeit, die Richtigkeit ihrer Datensätze zu kontrollieren und zu korrigieren. In der Zwischenzeit wurde die Lagersituation für Hofdünger ausgewertet. Es zeigte sich, dass in den meisten Regionen genügend Lagerkapazitäten vorhanden sind. Im Vollzug ist in Zukunft davon auszugehen, dass als Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft vermehrt Fragen in Bezug auf die Entsorgung der häuslichen Abwässer zu behandeln sein werden. Aus diesem Grund wird das Produkt «Gewässerschutz in der Landwirtschaft» aufgehoben und neu in das Produkt «Siedlungsentwässerung» integriert.

Produkt «Grundwasserschutz und Materialentnahmen»
Aus EDV-technischen Gründen konnte das Erhebungsblatt für den Versickerungskataster den Gemeinden noch nicht zur Verfügung gestellt werden. Dies wird jedoch zu Beginn des Jahres 2004 erfolgen. Für den Versickerungskataster wurde eine Liste der prioritären Gemeinden erstellt. Als prioritär wurden vor allem diejenigen Gemeinden bezeichnet, welche über genutzten oder nutzbaren Grundwasservorkommen liegen und deshalb die unsachgemässe Versickerung von Regenabwasser eine konkrete Gefahr für die Qualität des Grundwassers darstellt. Die Qualität des Grundwassers wird weiterhin mindestens einmal jährlich im Rahmen des kantonalen Grundwasserüberwachungsprogramms untersucht. Das kantonale Grundwassermonitoring wird durch die Überwachungsprogramme des Bundes NAQUA trend und NAQUA spez ergänzt.

Produkt «Tankanlagen»
Die Tankapplikation wurde den neuen Informatikanforderungen angepasst. Die Baustellentanks wurden im Tankkataster erfasst und dem Kontroll-Meldewesen unterstellt.

Produkt «Gewässerverschmutzungen und Schadendienst»
Die 96 Ereignisse konnten vom Pikettdienst des GSA im üblichen Rahmen erledigt werden. Katastropheneinsätze waren keine zu verzeichnen.

Produkt «Gewässerüberwachung»
Die Untersuchungen zur Ursachenabklärung der «Veränderung der Geschlechtsorgane bei den Felchen» im Thunersee sind fortgeführt worden. Im Vordergrund der Untersuchungen stehen Sprengstoffe und deren Abbauprodukte. Zwei Zwischenberichte fassen die Ergebnisse zusammen. Bisher konnten im Seewasser keine Zielverbindungen nachgewiesen werden. Weitere Analysen sind 2004 vorgesehen.
Im Projekt «Veränderungen im Ökosystem Brienzersee» wurden die Phasen 1 und 2 termingerecht abgeschlossen. Im Expertenbericht werden die heutigen Kenntnisse zur Felchen- und Daphnienproblematik zusammengefasst und Projektvorschläge für notwendige

Untersuchungen in Phase 3 aufgelistet. Im Berichtsjahr wurden ferner Vorarbeiten für die Phase 3 (Festlegung der Untersuchungsmodule, Abklärungen zur Finanzierung) durchgeführt. Der Start dieser letzten Untersuchungsphase ist für nächstes Jahr vorgesehen.
In den Oberlandflüssen wurden vor zehn Jahren die letzten chemischen und biologischen Untersuchungen durchgeführt. In der Periode 2003/04 wird nun der Kenntnisstand zur Qualität dieser Gewässer aktualisiert. In einem gemeinsamen Projekt der Kantone Bern, Solothurn und Aargau wurde die Aare zwischen Bielersee und Rhein erstmals einer eingehenden biologischen Untersuchung unterzogen. Die dabei festgestellten Qualitätsdefizite und entsprechende Vorschläge für eine nachhaltige Entwicklung der Aare sind in Berichtsform publiziert worden.

Produkt «Bodenschutz»
Terrainveränderungen in der Landwirtschaftszone, die nicht mit der Umgebungsgestaltung eines Bauwerks zusammenhängen, brauchen eine Bau- und Gewässerschutzbewilligung, auch wenn die Veränderung weniger als 1,2 Meter mächtig ist. Damit wird sichergestellt, dass die Anliegen des Bodenschutzes berücksichtigt und billige Entsorgungen des Boden-/Aushubmaterials vermieden werden. Die Einsicht, dass bei Terrainveränderungen Massnahmen zum Schutz des Bodens sinnvoll sind, setzt sich im Kanton immer mehr durch.

Produktgruppe «Abfallwirtschaft»

Produkt «Abfallentsorgung»
Nachdem das revidierte Abfallgesetz vom Grossen Rat einstimmig angenommen wurde, konnten die Abfallverordnung fertig gestellt und eine erfolgreiche Konsultation durchgeführt werden. Die Überarbeitung der Abfallplanung wurde mit dem Erlass des Sachplans Abfall durch den Regierungsrat abgeschlossen. Das Projekt Autoabbruch- und Altmetallsammelbetriebe verläuft wie geplant. Sämtliche 85 Betriebe wurden besucht, der Handlungsbedarf ermittelt und erste Massnahmen eingeleitet.
Die Zusammenarbeit mit dem Verein Baustellenkontrolle wurde eingeleitet und konsolidiert. Die Wiederherstellung rechtmässiger Zustände bei illegalem Umgang mit Bauabfällen wurde mit Hilfe der Beschaffungsgesetzgebung in verschiedenen Fällen erfolgreich erprobt (Ausschluss der fehlbaren Firmen von Vergaben durch die öffentliche Hand). Verschiedene Merkblätter wurden herausgegeben. Aktuelle Informationen über Abfälle wurden anlässlich von verschiedenen Vorträgen vermittelt oder publiziert. Die Kontrolle der Entsorgung von Sonderabfällen in Betrieben wurde fortgeführt. In einzelnen Fällen mussten Abfälle mit Ersatzvornahmen entsorgt werden. Im Rahmen der Vernehmlassung zur Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) und in direktem Kontakt mit dem BUWAL wurden Eingaben für einen praxistauglichen und massvollen Vollzug der neuen VeVA getätigt.

Produkt «Altlasten»
Im Berichtsjahr wurden 649 Ablagerungsstandorte (33%) bearbeitet. Insgesamt über 900 Grundeigentümer wurden über den Eintrag ihres Grundstücks oder Teilen davon in den Kataster benachrichtigt. Durchschnittlich 30 Prozent der Grundeigentümer haben die Angaben zum Standort oder den Eintrag generell beanstandet. Die Behandlung dieser Beschwerden ist sehr aufwändig: Neben der Beantwortung telefonischer und schriftlicher Anfragen müssen oft zusätzliche Daten erhoben und Gespräche mit Zeugen geführt werden. Dazu sind in vielen Fällen Begehungen vor Ort notwendig. Allerdings konnte dadurch, abgesehen von wenigen Ausnahmefällen, auf den Erlass von Feststellungsverfügungen verzichtet werden. Gemäss Terminplan sollen die Arbeiten bezüglich der Ablagerungsstandorte bis Ende 2005 abgeschlossen werden. Vorarbeiten zur analogen Aufnahme der Betriebsstandorte sind ebenfalls im Gang.

9.2.6 Wasser- und Energiewirtschaftsamt

Die Tätigkeiten des WEA sind bereits im Rahmen des Pilotversuches NEF 2000 in Produktgruppen zusammengefasst worden. Details zur Leistungserfüllung finden sich wie in den vorhergehenden Jahren in der Staatsrechnung unter dem Kapitel «Besondere Rechnung». Im Berichtsjahr besonders hervorzuhebende Themen waren:

Produktgruppe «Wasserwirtschaft»

Produkt «Wasserversorgung»
Das Berichtsjahr war das UNO-Jahr des Süsswassers. Im Kanton Bern wurde dieses Jahr zum Anlass genommen, der Bevölkerung die Tätigkeit in ihren Trinkwasserversorgungen näher zu bringen. Rund 80 Prozent der Trinkwasserbezüger kamen in den Genuss von Sonderveranstaltungen über Wasserversorgungen, welche vom WEA für den ganzen Kanton einheitlich propagiert wurden. An der BEA fand zum Thema Wasser eine vielbeachtete Sonderschau statt.

2003 war nach über 25 Jahren wieder ein Jahr extremer Trockenheit. Dank vorsorglichen Massnahmen für Messung und Erfassung von Abflüssen in kleinen Oberflächengewässern und dank intensiver Zusammenarbeit von WEA, Fischerei und Landwirtschaft unter der Leitung des WEA konnte die kritische Zeit ohne extreme Probleme gemeistert werden.

Produktgruppe «Energiewirtschaft»

Produkt «Förderung der Energieeffizienz»
Im Berichtsjahr wurde die neue kantonale Energieverordnung KEnV erlassen und an Veranstaltungen breit eingeführt. Dank der interkantonalen Absprache sollten bald gesamtschweizerisch gleiche Anforderungen gelten. Der erfolgreiche MINERGIE-Standard wurde unter anderem mit den MINERGIE-Werkstätten und -Seminaren sowie mit der MINERGIE-Messe aktiv gefördert. Das neu gestartete Programm BEakom unterstützt Gemeinden bei ihren Energieaktivitäten. Zusammen mit den regionalen Energieberatungsstellen wurden die Bernischen Energieanliegen in den Medien, in Kursen und Direktberatungen breit kommuniziert. Das Programm Energiestadt beweist Kontinuität: sieben Gemeinden haben das nach drei Jahren erforderliche Re-Audit bestanden. Zur administrativen Vereinfachung und zur Hebung der technischen Sicherheit haben elf Gasversorgungen eine generelle Bau- und Betriebsbewilligung erhalten.

9.2.7 Tiefbauamt

Die Tätigkeiten des TBA sind bereits im Rahmen des Pilotversuches NEF 2000 in Produktgruppen zusammengefasst worden. Details zur Leistungserfüllung finden sich wie in den vorhergehenden Jahren in der Staatsrechnung unter dem Kapitel «Besondere Rechnung». Im Berichtsjahr besonders hervorzuhebende Themen waren:

- Auf den 30. April trat Herr Dr. Rudolf Dieterle als Kantonsoberingenieur zurück; am 1. Juli übernahm Herr Walter Dinkel die Leitung des Tiefbauamtes.
- Nach einer breiten Mitwirkung ist der kantonale Richtplan Velo auf Ende Jahr bereinigt worden. Er soll dem Regierungsrat in der ersten Hälfte 2004 zur Genehmigung unterbreitet werden.
- In den Agglomerationen Bern, Burgdorf und Thun sind die «Mobilitätsstrategien» beziehungsweise die «Agglomerationsstudien» weiterentwickelt worden. Kernpunkte sind die Konzentration der Siedlungsentwicklung, die Verkehrslenkung und gezielte Ausbau-

ten für den öffentlichen und den privaten Verkehr. Die Studien, welche vom Kanton sowie von regionalen und lokalen Körperschaften bearbeitet worden sind, sind unterschiedlich weit gediehen: In Bern und Thun ist die Mitwirkung Ende Berichtsjahr abgeschlossen worden. Damit können die Studien, welche erstmals gesamtheitliche Lösungsansätze mit aufeinander abgestimmten Massnahmen in den Bereichen Siedlung, Langsamverkehr, öffentlicher Verkehr, Parkierung und Strasse umfassen, im 2004 abgeschlossen werden. In Burgdorf findet die öffentliche Mitwirkung zur Gesamtverkehrsstudie Region Burgdorf/ Emmental im nächsten Jahr statt.
- Der im Rahmen von SAR vollzogene Stellenabbau wurde vor allem durch das Nicht-wieder-Besetzen vakanter Stellen, namentlich bei Pensionierungen, bewerkstelligt. Die Folge dieses Stellenabbaus ist ein Anstieg des Durchschnittsalters der Belegschaft. Das vermehrte Auftreten von zum Teil schweren Krankheitsfällen könnte auch mit der mit diesem Abbau einhergehenden zusätzlichen Arbeitsbelastung zusammenhängen.

9.2.8 **Amt für öffentlichen Verkehr**

Produktgruppe «Infrastruktur und Rollmaterial öffentlicher Verkehr»

Grundlage für die Leistungserbringung bildet der vom Grossen Rat verabschiedete Investitionsrahmenkredit 2001–2004 von 177 Millionen Franken (davon Kanton ⅔, Gemeinden ⅓). Weitere namhafte Beiträge an die Investitionstätigkeit im öffentlichen Verkehr stammen vom Bund und von den Transportunternehmen selbst. Bis Ende Berichtsjahr wurden über den Rahmenkredit Verpflichtungen von 146 Millionen Franken für Investitionsbeiträge eingegangen.

Produkt «Investitionen Infrastruktur»
Bahn 2000, 1. Etappe, wird ab 12. Dezember 2004 zu einer vollständig veränderten Fahrplanstruktur im Fern- und Regionalverkehr führen, was bei den SBB und den konzessionierten Transportunternehmen bedeutende Anpassungen bei der Infrastruktur erfordert. Im Berichtjahr waren im Kanton Bern gegen 100 grössere und kleinere Objekte im Bau. Die wichtigsten sind: Umbau und Leistungssteigerung im Hauptbahnhof Bern, Doppelspurausbauten auf den Strecken Gümligen–Langnau, Ausserholligen–Belp, neue Station Wankdorf, Ausbau Bahnhof Zollikofen. Im Rahmen der Plangenehmigungsverfahren wurden für 86 Eisenbahnbauvorhaben Stellungnahmen verfasst. Für die Realisierung des Trams Bern West liegen die Kreditbewilligungen des Grossen Rates sowie der Stadt Bern (Volksabstimmung) vor. Ausstehend ist die Referendumsabstimmung auf Kantonsebene.

Produkt «Investitionen Rollmaterial»
Seit 2002 beteiligt sich der Bund nicht mehr an Rollmaterialbeschaffungen. Der Kanton Bern hat sich dieser Praxis angeschlossen. Wegen den Investitionsfolgekosten beteiligt sich der Kanton jedoch nach wie vor an Evaluationsverfahren.

Produktegruppe «Verkehrsangebot öffentlicher Verkehr»

Die Grundlagen für die Leistungserbringung sind im Angebotsbeschluss 2001–2004 des Grossen Rates sowie in den Richtlinien der Regierungspolitik 2003–2006 festgelegt.

Produkt «Internationaler und nationaler Verkehr»
In der Vernehmlassung zum Anschluss der Ost- und Westschweiz an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz (HGV-Anschluss) hat sich der Regierungsrat grundsätzlich den Stellungnahmen der Konferenz der öV-Direktoren und der Conférence des Transports de Suisse Occidentale angeschlossen. Gefordert wurde insbesondere der Verzicht auf eine finanzielle Etappierung, einen stärkeren Einbezug der Verbindungen Lausanne/Bern–Frasne–Paris und Biel–Belfort sowie konkrete Streckenausbauten (u. a. zusätzliche Doppelspurabschnitte Bern–Neuenburg).

Im nationalen Fernverkehr konnte die Fahrplangestaltung für Bahn 2000, 1. Etappe, definitiv bereinigt werden. Durch die Einführung des 1/2-Stundentaktes auf allen wichtigen Fernverkehrsverbindungen wird der Kanton Bern ab 12. Dezember 2004 noch besser als heute ins nationale Netz eingebunden. Allerdings wird dadurch die Leistungsgrenze des Bahnknotens Bern erreicht. Weitere Optimierungen, zum Beispiel im Hinblick auf die Inbetriebnahme des Lötschberg-Basistunnels, werden nur noch durch beträchtliche Infrastrukturausbauten möglich sein.

Produkt «Regional- und Ortsverkehr»
Die im Angebotsbeschluss 2001–2004 festgelegten Leistungen konnten mit den Transportunternehmen unter Einhaltung der finanziellen Vorgaben vereinbart werden. Die Planungsschwerpunkte bildeten die S-Bahn Bern 2005, das kantonale Angebotskonzept, die Vorbereitung des Angebotsbeschlusses 2005–2008 und der integrale Tarifverbund Bern–Solothurn sowie die Mobilitätsstudien für die bernischen Agglomerationen. Gestützt auf das kantonale Angebotskonzept wurden die ab Dezember 2004 erforderlichen Fahrplananpassungen in enger Zusammenarbeit mit den Regionalen Verkehrskonferenzen und den Transportunternehmen erarbeitet.

Produkt «touristischer und übriger Verkehr»
Trotz Investitionshilfen in den Jahren 1998–2000 zeichnen sich bei der bernischen Personenschifffahrt (Thuner-, Brienzer- und Bielersee) beträchtliche Betriebsfehlbeträge ab, was den Weiterbetrieb ernsthaft gefährdet. Es besteht die Absicht, zukünftige Investitionshilfen und Betriebsabgeltungen im Standortförderungsgesetz zu regeln. Als Übergangslösung wurden vom Grossen Rat für 2004 Betriebsabgeltungen von 2,1 Millionen Franken bewilligt. Im Berichtsjahr wurden für touristische Transportanlagen fünf, für die Luftfahrt vier Stellungnahmen verfasst.

9.2.9 **Hochbauamt**

Gestützt auf die Überprüfungsarbeiten im Hochbau- und Liegenschaftsbereich (SAR-Projekt Optimmo) beschloss der Regierungsrat im Juni, dass Hochbauamt und Liegenschaftsverwaltung zu einem Amt in der BVE zusammengelegt werden. Damit werden die erforderlichen Voraussetzungen für den Aufbau einer operativ und strategisch transparenten und effizienten Organisation geschaffen. Im Berichtsjahr wurden erste Vorbereitungsmassnahmen getroffen und die notwendigen Gesetzesänderungen eingeleitet. Der formelle Zusammenschluss soll per 1. Januar 2005 erfolgen.

Als Bauherrenvertreter des Kantons ist die Arbeit des Hochbauamtes stark durch die Regelungen des öffentlichen Beschaffungswesens (ÖBG/ÖBV) geprägt. So erfolgten 2003 insgesamt 585 Vergaben mit Konkurrenz-Auswahlverfahren. Das Hochbauamt führt bereits für Bauaufträge ab 20000 Franken ein Einladungsverfahren durch, obschon dies im Beschaffungsrecht erst ab 100000 Franken vorgeschrieben ist. Damit soll sichergestellt werden, dass wirklich die wirtschaftlich günstigsten Angebote den Zuschlag erhalten.

	Anzahl Vergaben Bauaufträge	Wert in Franken	Anzahl Vergaben Dienst-leistungen	Wert in Franken
Verfahren im offenen/ selektiven Verfahren (Auftragswert > 250000 Fr.)	26	14265957	6	21644101
Verfahren im Einladungs-verfahren (Auftragswert von 100000 bis 250000 Fr.)	82	12744646	9	1312588
Verfahren im Einladungs-verfahren (Auftragswert von 20000 bis 100000 Fr.)	462	20879772	81	3634571
Summe	570	47890375	96	26591260

Produktgruppe «Betrieb der Liegenschaften»

Das Hochbauamt ist dafür verantwortlich, dass die auf Grund der kantonalen Raumbedürfnisse erforderlichen Immobilien wirtschaftlich, ökologisch und kulturbewusst genutzt, betrieben und unterhalten werden.

Produkt «Unterhalt»
Aufgabe des Bereiches Unterhalt ist es, die Substanz und den Gebrauchswert der kantonalen Gebäude zu erhalten. Dies umfasst neben rein werterhaltenden Arbeiten auch gezielte betriebsspezifische Anpassungen der Gebäude und der Haustechnik. Das Facilitymanagement verfolgt bei der Realisierung der Unterhaltsprojekte sowohl auf ökonomischer als auch auf ökologischer Ebene nachhaltige Lösungen. Langfristig können damit auch Einsparungen in der Betriebsrechnung erzielt werden.

Basierend auf einem mit der Liegenschaftsverwaltung abgestimmten Jahresunterhaltsprogramm wurden im Berichtsjahr insgesamt rund 450 Projekte bearbeitet. Die Ausgaben beliefen sich auf 52,8 Millionen Franken. Die Massnahmen konzentrieren sich auf die Bereiche Ausbau (rund 40%), Installationen und technische Anlagen (36%), Gebäudehülle (17%) und Infrastruktur/Umgebung (7%). Die Übernahme der Gymnasien und Berufsschulen im Jahr 2001 hat sich erstmals deutlich auf den Zahlungsbedarf und die Arbeitsbelastung ausgewirkt.

Die Finanzkontrolle hat die baulichen Massnahmen für die Neuorganisation der Fachhochschulen an den Standorten Burgdorf und Biel (Kredit CHF 6 Mio.) und die Umbauten und Anpassungen im Gebäude der Kantonspolizei (Nordring/Bern, Kredit CHF 4,8 Mio.) überprüft und deren korrekte Abwicklung bestätigt. Mit Sorge zu beobachten ist die Zunahme von Sachbeschädigungen, Einbrüchen und Vandalismus. Die Kosten für die Behebung dieser Schäden beliefen sich im 2003 auf über 100000 Franken.

Produkt «Raumkosten»
Ab 2007 sollen im Rahmen von NEF die Raumkosten den Produktgruppen systematisch verrechnet werden. Im Teilprojekt Raumkosten (NEF KALK) hat die Abteilung Objektmanagement im Rahmen einer interdirektionalen Arbeitsgruppe wesentliche Beiträge bei der Erarbeitung des Konzeptes für diese kalkulatorische Raumkostenverrechnung geleistet.

Produktgruppe «Entwicklung des Liegenschaftsbestandes»

Das Hochbauamt trägt mit seiner Arbeit dazu bei, dass der Liegenschaftsbestand insgesamt auf strategisch geeignete Standorte und auf langfristig hohe Gebrauchswerte ausgerichtet ist. Dies führt mittel- bis langfristig auch zu einer Entlastung des Finanzhaushaltes.

Produkt «Bestandesplanung»
Neben Grundlagenarbeiten für eine künftige strategische Gesamtplanung lag ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt im Berichtsjahr auf dem Bereich «Verwaltung im Raum Bern». Dazu wurden die Daten über die relevanten Flächen und Arbeitsplätze systematisch erhoben und ausgewertet. Auf dieser Grundlage wird 2004 zusammen mit ergänzenden Bewertungen eine Immobilienstrategie für die Verwaltungsbauten der Zentralverwaltung in Bern festgelegt.

Des Weiteren wurden verschiedene Machbarkeitsstudien und Potenzialanalysen für anstehende Raumprobleme kantonaler Institutionen durchgeführt wie zum Beispiel für die Apotheke Insel, die Umnutzung der Schanzeneckstrasse 1 für die Universität oder die Potenzialanalyse Friedbühlareal und Choisymatte Insel. Für die Gesamtunterbringung der Steuerverwaltung sind Ersatzlösungen erarbeitet und bewertet worden. Im Schwerpunktbereich der Schulen wurden Belegungsstudien für die Sekundarstufe II in der Region Biel und die Sekundarstufe II und III in Bern durchgeführt.

Produkt «Bestandesveränderung durch Baumassnahmen»
Im Bereich der Inselbauten konnten die Projekte «Vertikalerschliessung des Bettenhochhauses» und «Sanierung des Wirtschaftsgebäudes» dem Betrieb übergeben werden. Die Bauarbeiten im Projekt Dermatologie/Einbau Bewachungsstation sind weit fortgeschritten, die Inbetriebnahmen sind für den Frühsommer 2004 geplant. Im Frühjahr wurde mit der Grundsteinlegung die Realisierung des Projektes Kleintierklinik und zentrale Radiologie der Universität gestartet. Der Rohbau konnte bis Ende Jahr termingerecht fertig gestellt werden. Im Projekt INO erfolgte die öffentliche Ausschreibung des Generalplaners. Wegen einem Beschwerdeverfahren konnte das Hochbauamt den Vertrag allerdings erst kurz vor Jahresablauf unterzeichnen. Die Finanzkontrolle hat in ihrer Sonderprüfung zur Frauenklinik bestätigend festgestellt, dass das Projekt den Sparauftrag der Regierung erfüllt und mit Minderkosten abschliesst.

Im universitären Bereich startete mit einer Wettbewerbsausschreibung auf dem vonRoll-Areal die Umsetzung der sogenannten «Strategie 3012», welche ihrerseits eine sinnvolle räumliche Gesamtentwicklung der Universität in den nächsten zwanzig Jahren ermöglichen soll. Wesentliche Änderungen erfuhr das Projekt zur Umnutzung des ehemaligen Frauenspitals: Anstelle der Steuerverwaltung wird auf Beschluss des Grossen Rates neu die Universität die Räume an diesem zentralen, sehr gut erschlossenen Standort nutzen.

Im Berichtsjahr konnten noch zahlreiche weitere Neu- und Umbauprojekte fertig gestellt werden (vgl. auch Statistikteil des Verwaltungsberichtes). Hervorzuheben ist die Mannschaftskaserne Bern, die saniert und für die Bedürfnisse der Armee XXI umgebaut wurde. Exemplarisch für die sich in der Projektierung befindlichen Projekte sei das Umbau- und Sanierungsprojekt an der Fellerstrasse in Bern für die Hochschule der Künste erwähnt. Hier wurde einerseits über den Projektwettbewerb entschieden und andererseits mit den notwendigen Vorarbeiten für die 2004 anstehende Grossratsvorlage für den Ausführungskredit begonnen.

Produkt «Subventionsberatung»
Das Hochbauamt prüft im Auftrag der federführenden Direktion GEF Subventionsgeschäfte im Heim- und Spitalbereich auf ihre Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit. Dabei sind die Bestimmungen des öffentlichen Beschaffungswesens (ÖBG/ÖBV) häufig auch bei subventionierten Projekten zu beachten.

9.3 Personal

9.3.1 Übersicht

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 2003

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Anzahl Frauen	in 100%-Stellen Männer	in 100%-Stellen Frauen	Total
Generalsekretariat	29	16	26,70	12,90	39,60
Rechtsamt	6	11	5,00	6,65	11,65
Koordinationsstelle für Umweltschutz	3	5	2,85	3,05	5,90
Vermessungsamt	19	3	17,40	2,70	20,10
Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft	57	14	51,33	10,60	61,93
Wasser- und Energiewirtschaftsamt (NEF)	44	11	36,20	6,66	42,86
Tiefbauamt (NEF)	492	32	485,70	21,91	507,61
Amt für öffentlichen Verkehr	8	2	7,20	1,60	8,80
Hochbauamt	40	17	36,40	13,25	49,65
Total Direktion per 31. 12. 2003	698	111	668,78	79,33	748,10
Vergleich zum Vorjahr: 31. 12. 2002	690	100	664,16	74,11	738,27
	+ 8	+ 11	+ 4,62	+ 5,22	+ 9,83

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Anzahl Frauen	in 100%-Stellen Männer	in 100%-Stellen Frauen	Total
Generalsekretariat	1	1	1,00	0,60	1,60
Rechtsamt	–	–	0,00	0,00	0,00
Koordinationsstelle für Umweltschutz	–	–	0,00	0,00	0,00
Vermessungsamt	4	4	2,64	3,20	5,84
Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft	1	–	0,00	0,00	0,00
Abwasserfonds	3	–	1,83	0,00	1,83
Abfallfonds	4	1	2,30	0,80	3,90
Wasser- und Energiewirtschaftsamt (NEF)	4	3	1,61	1,51	3,12
Tiefbauamt (NEF)	3	–	0,66	0,00	0,66
Amt für öffentlichen Verkehr	1	–	0,80	0,00	0,80
Hochbauamt	1	1	0,40	0,80	1,20
Total Direktion per 31. 12. 2003	22	10	12,04	6,91	18,95

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 2003

Verwaltungseinheit	Punkteetat	Verbrauchte Punkte	Reservepool*
Generalsekretariat	3 643,380	4 062,240	+ 631,128
Rechtsamt	1 249,200	1 348,833	– 99,633
Koordinationsstelle für Umweltschutz	476,400	677,867	– 201,467
Vermessungsamt	2 143,200	2 178,476	– 35,276
Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft	5 395,596	6 355,491	– 959,895
Wasser- und Energiewirtschaftsamt (NEF)	(3 507,396	3 754,681	– 247,285)
Tiefbauamt (NEF)	(44 917,260	41 854,676	+ 3 062,584)
Amt für öffentlichen Verkehr	978,000	1 070,600	– 92,600
Hochbauamt	5 669,988	5 629,797	+ 40,191
Total Direktion per 31.12. 2003	19 555,764	21 323,304	+ 717,540
Vergleich zum Vorjahr: 31.12. 2002	19 555,764	20 489,817	– 99,147
	+ 0,000	+ 833,487	– 816,687

* Abgaben an Regierungsrats-Pool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht mit dem Ergebnis «Punkteetat abzüglich verbrauchte Punkte» übereinstimmt.

Tabelle 3: Fluktuations- und Kündigungsrate

	2003	2002	2001	2000	1999
Planstellen*	789,949	790,714	789,844	780,50	781,89
Besetzte Stellen per 31.12.	754,534	739,778	733,946	737,25	736,81
Ausnützungsgrad	95,52%	92,56%	92,92%	94,45%	94,23%
Eintritte	80	89	107**	79**	50**
Austritte	78	75	105	70	55
davon Kündigungen	29	24	21	23	22
davon befr. Anstellungen	20	29	58	25	–
davon Entlassungen	1	3	–	–	3
davon Pensionierungen	25	15	25	22	28
davon Todesfälle	3	4	1	–	2
Fluktuationsrate	9,87%	9,48%	13,29%	8,96%	7,00%
Kündigungsrate	3,67%	3,00%	2,65%	2,95%	2,80%

* = ohne 10,95 RR-Pool-Stellen und 5,427 drittfinanzierte Fondsstellen
** = inkl. 1 Lehrtochter und 1 Lehrling

Tabelle 4: Lohnstruktur nach Geschlechtern

	Total	davon Frauen absolut	davon Frauen in %	(2002)	davon Männer absolut	davon Männer in %
Gehaltsklassen 27–30	17	4	23,5	(17,6)	13	76,5
Gehaltsklassen 21–26	204	28	13,7	(12,3)	176	86,3
Gehaltsklassen 15–20	200	14	7,0	(7,1)	186	93,0
Gehaltsklassen 7–14	402	71	17,7	(16,9)	331	82,3
Gehaltsklassen 1– 6	46	32	69,6	(17,6)	14	30,4
Total	869	149	17,1	(13,5)	720	82,9

Der Frauenanteil konnte im Berichtsjahr mehr gesteigert werden als in den Vorjahren (von 13,5 auf 17,1%) und zwar insbesondere in der obersten und untersten Gehaltsklassengruppe.

9.3.2 Personelle Änderungen auf der Führungsebene

Der Kantonsoberingenieur, Dr. Rudolf Dieterle, wurde als neuer Direktor des Bundesamtes für Strassen gewählt und verliess die BVE per Ende April 2003. Seine Nachfolge trat am 1. Juli 2003 Walter Dinkel an.

Per Ende Mai 2003 verliess Generalsekretär Beat Schwabe nach 16 Jahren die BVE, um sich neuen Aufgaben zuzuwenden. Dies führte dazu, dass die bisherige Führungsstruktur im Generalsekretariat angepasst wurde (u. a. Aufgabe des bisherigen Jobsharing-Modells). Per 1. September 2003 trat Cornelia Diethelm als 1. stellvertretende Generalsekretärin in die Dienste der BVE.

9.3.3 Ausbildung auf Direktionsstufe

Die traditionelle Kaderklausur BVE fand am 27./28. Oktober statt und hatte als Oberthema Selbstmanagement. Rund 60 Führungskräfte setzten sich in diversen Workshops mit ihrem individuellen Umgang mit Stress, mit gesunder Ernährung, körperlicher und geistiger Beweglichkeit, Mentaltraining und anderen Bereichen des persönlichen Umfeldes auseinander. Das Feedback der Teilnehmenden war überaus positiv.

9.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Wachsender Frauenanteil in der BVE

	Anteil Frauen in % aller Mitarbeitenden 2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997
Gehaltsklassen 27–30	23,5	17,6	17,6	17,6	17,6	6,3	6,7
Gehaltsklassen 21–26	13,7	12,3	11,0	11,2	9,0	10,6	9,6
Gehaltsklassen 15–20	7,0	7,1	6,3	5,8	5,4	6,4	5,5
Gehaltsklassen 7–14	17,7	16,9	16,0	16,3	15,9	15,2	15,1
Gehaltsklassen 1– 6	69,6	17,6	7,1	4,2	6,3	9,1	9,1
Total	17,1	13,5	12,5	12,4	11,8	12,0	11,6

Durch die Neuanstellung von Cornelia Diethelm als stellvertretende Generalsekretärin konnte der Frauenanteil auch im obersten Kaderbereich merklich verbessert werden (vgl. Tabelle). In einzelnen Ämtern (Rechtsamt und Koordinationsstelle für Umweltschutz) und Bereichen (Stab des Generalsekretariates) arbeiten sogar mehrheitlich Frauen.

Hingegen kommt es bei sehr technisch orientierten Funktionen weiterhin vor, dass sich keine einzige Frau auf eine Stellenausschreibung meldet. Trotzdem ist es einzelnen Ämtern auf Grund ihres besonderen Engagements immer wieder gelungen, Frauen anzustellen. So konnte das Vermessungsamt im Berichtsjahr den Frauenanteil von 17 auf ansehnliche 26 Prozent steigern.

9.3.5 Besondere Bemerkungen

Die dauernde Belastung durch Sparprogramme – seit Anfang 90er-Jahre zehn grössere Sparpakete – bleibt nicht ohne Spuren beim Personal: Das Interesse am Arbeitgeber Kanton Bern nimmt ab, und die Mitarbeitenden wenden sich anderen Interessenbereichen zu. Dies nicht zuletzt auch wegen dem Umstand, dass die grossen Sonderleistungen nur ungenügend honoriert werden konnten.

Der Arbeitsmarkt hat sich insbesondere im Bereich Informatik innert kurzer Zeit entspannt. Mussten vor ein oder zwei Jahren noch mehrere Inserate für eine valable Kandidatur aufgegeben werden, melden sich heute auf ein Inserat bis zu 150 Bewerber/innen. Anders sieht es bei den Ingenieuren/innen aus: Während vieler Jahren war dieses Studium nicht sehr gefragt, sodass nun der Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist. Dies macht sich dann rasch auch bei den Salärforderungen bemerkbar, welche immer öfter ausserhalb der Möglichkeiten des Kantons liegen.

9.4 Rechtsetzungsprogramm

Stand per 31. Dezember 2003

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Bearbeitung im Grossen Rat
9.4.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Bergregalgesetz	5	
– Abfallgesetz	5	
– Energiegesetz – *nach Ablehnung des EMGs hinfällig geworden*		
– Baugesetz – *Projekt sistiert (u. a., da SAR-Massnahmen anderen Weg vorsehen)*		
9.4.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
9.4.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
9.4.4 Andere Gründe		
Umsetzung der SAR-Massnahmen im Zuständigkeitsbereich der BVE (Verschiebung der Liegenschaftsverwaltung zum Hochbauamt und des Produktes Signalisation und Markierung zum Tiefbauamt)	3	April-Session 2004

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgewiesen

9.5 Informatik-Projekte (Übersicht)

Dienststelle	Projekt/Anwendung	Investition (in 1000 Fr.)	Produktionskosten bei Vollbetrieb (in 1000 Fr.)	Produktionskosten im Berichtsjahr (in 1000 Fr.)	Realisierungszeitraum
4900 100 201/202....	INFOREIT	80,5	[1])	2600	in Betrieb
4900 100 20310	BRW-2000	528,3	290	–	1999/2004
4900 100 21012	DBNeu	44,4	300	210	2002/2003
4900 100 21010	WIN200X	43,9	50	40	2002/2003
4960 100 215	INFORMSIplus	120,5	509	–	2002/2003
4900 100 21020	CMS-Einsatz-BVE	106,5	20	–	2003/2004
4900 100 21110	RENO-BVE	285,4	[2])	[2])	2003/2004
4900 100 21310	GRUDIS-RB3	0 [3])	40	–	2003/2004
Total		1209,5	1209	2850	

[1] Die Kosten des Vollbetriebes sind nicht definierbar, da INFOREIT für die Basisinfrastruktur/Büroautomation der BVE steht und kein abgeschlossenes Projekt ist.
[2] Produktionskosten zentral beim OA
[3] Anteile JGK und FIN = 282,7 im 2003; Anteil BVE im 2004

9.6 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

Amt	ASP-Nr.	Kurzbezeichnung Staatsbeitrag	Det.-Grad/Planjahr	Status
VmA	BVE0005	Kostenbevorschussung an amtliche Vermessung	G / 2003	in Arbeit
GSA	BVE97991	Beiträge aus dem Fonds für Abwasserentsorgung	G / 2000	RRB 2299 vom 8. August 2001
WEA	BVE00009	Staatsbeiträge an die Energieversorgung (3. Energiebericht)	D / 1999	RRB 4247 vom 4. Dezember 2002
TBA	BVE00013	Beiträge an den Gewässerhaushalt	G / 2001	in Arbeit
TBA	BVE00015	Investitionsbeiträge an den Wasserbau	G / 2001	in Arbeit
TBA	BVE60017	Beiträge zur Erstellung und Realisierung der Uferschutzpläne und Unterhaltsarbeiten	G / 2001	RRB 1940 vom 30. Mai 2002
AöV	BVE00001	Leistungsvereinbarungsentschädigungen (Eisenbahngesetz)	G / 2000	RRB 1515 vom 28. Mai 2003
AöV	BVE0003	Investitionsbeiträge öffentlicher Verkehr	G / 2003	in Arbeit

9.7 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

9.7.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

9.7.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Postulat 041/00 Siegenthaler vom 3. Februar 2000 betreffend Kanton berücksichtigt vermehrt Lehrbetriebe (überwiesen am 22.11.2000). Die neue Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 16. Oktober 2002 (ÖBV) erlaubt es, besondere Leistungen zu Gunsten der Berufsbildung bei den Eignungskriterien zu berücksichtigen (statt wie bisher im Rahmen der umstrittenen 3%-Klausel). Dieses Eignungskriterium wird in der Praxis nun vermehrt angewendet.

Motion 077/00 Gresch vom 3. April 2000 betreffend Bahnhof Bern 2005 optimieren, bevor der Zug abfährt (überwiesen am 22.11.2000: Ziff. 1 und 3 als Postulat, Ziff. 2 erfüllt/abgeschrieben, Ziff. 4 als Motion). Zu Ziffer 1 und 3: Die Fahrplangestaltung für die S-Bahn Bern 2005 ist mit Ausnahme weniger Details abgeschlossen und kann nicht mehr verändert werden. Infolge der Kapazitätsbegrenzung des Bahnhofs Bern und seiner Zufahrtsstrecken besteht kein Spielraum mehr, um in der Fahrplanperiode 2005/06 die Anschlussverhältnisse weiter zu optimieren. Zu Ziffer 4: Die Angebotsvorstellungen des ESPACE MITTELLAND zu Bahn 2000, 2. Etappe, wurden in den Planungsprozess eingespiesen und sind dem Bund bekannt. Die für den Bahnhof Bern erforderliche Leistungssteigerung wird sowohl vom Bund wie von den SBB als zwingend betrachtet. Mit dem Anfang 2004 abgeschlossenen Planungsauftrag zwischen Bund, Kanton, SBB, BLS und RM ist die Planung und Projektierung der notwendigen Infrastrukturmassnahmen eingeleitet worden.

Motion 054/01 Haldemann vom 2. April 2001 betreffend Gewichtsbeschränkung bei Brücken und Strassenabschnitten im Kantons-Strassennetz (überwiesen am 07.06.2001: Ziff. 3: «Die Finanzierung dieser Massnahmen hat mit LSVA-Geldern zu erfolgen.» (Ziff. 1+2 Rückzug.) Der Grosse Rat stimmte dem Konzept entgegen dem Antrag des Regierungsrates zu. Die betreffenden Objekte werden nun nach Massgabe der vorhandenen Budgetkredite in den nächsten Jahren schrittweise saniert.

Motion 096/01 Zbären vom 12. April 2001 betreffend Steinschlagschutz für den Regionalverkehr in der Porte (überwiesen am 21.11.2001 als Postulat). Die nötige Studie zur Eruierung des Steinschlag-Risikos und der sich daraus ergebenden Massnahmenplanung konnte abgeschlossen werden. Dabei zeigte sich, dass abschnittsweise differenzierte Schutzmassnahmen wie Steinschlagschutznetze und -dämme sowie periodische Felsreinigungen ausreichend sind. Im Abschnitt westlich des Tunnelportals wurden die Netze im Zug des Nationalstrassenbaus bereits installiert. In den übrigen Abschnitten werden die Schutzmassnahmen nach Massgabe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in den nächsten Jahren realisiert. Dazu gehören auch die Felsreinigungen.

Motion 039/02 Pfister vom 30. Januar 2002 betreffend Strategische Aufgabenüberprüfung im Baubereich (überwiesen am 16.04.2003: Ziff. 2 als Motion, Ziff. 1, 3 und 4 erfüllt/abgeschrieben, Ziff. 5 und 6 abgelehnt). Das Tiefbauamt passt seine Standards im Sinne des Motionärs so weit an, als es die Anforderungen an die Sicherheit nach Massgabe der Richtlinien von SIA und VSS erlauben.

Motion 111/02 Gresch vom 10. Juni 2002 betreffend Bern-Basel per Zug statt mit dem Flugzeug (überwiesen am 18.02.2003 als Postulat). Der gegenwärtige Flugplan Bern-Belpmoos enthält keine Flüge Bern–Basel. Eine Wiederaufnahme dieser Flugverbindung ist aus wirtschaftlichen Gründen höchst unwahrscheinlich. Somit erübrigen sich die in der Motion geforderten Massnahmen. Zudem wurde die Frage der Flughafenerschliessung Basel im Rahmen der Regionalkonferenz Nordwestschweiz (Kantone AG, BE, BL, BS, JU) intensiv diskutiert. Grundlegende Verbesserungen lassen sich nur durch eine direkte Anbindung des Flughafens an das Schienennetz erzielen. In der Vernehmlassung zur Bundesvorlage betreffend HGV-Anschlüsse forderten die Nodwestschweizerkantone die rasche Realisierung einer Verknüpfung des Flughafens mit der Eisenbahnlinie Basel–Mulhouse. Kurzfristige Verbesserungen der Transportkette ergeben sich durch den ½-Stunden-Takt der IC-Züge Bern–Basel ab 12. Dezember 2004.

Motion 181/02 Blanchard vom 9. September 2002 betreffend Transjurane Court–Loveresse: Kompensations- und Sicherheitsmassnahmen auf der Kantonsstrasse (überwiesen am 18.02.2003 als Postulat). Die Realisierung der flankierenden Massnahmen im Tavannes-Tal wurde zwischen dem Oberingenieurkreis III und der Abteilung Nationalstrassenbau des Tiefbauamtes im Rahmen des 7. langfristigen Finanzplanes für den Nationalstrassenbau zeitlich wie folgt festgelegt:
2004: Malleray, Bau eines Kreisels an der Ortseinfahrt West,
2005–2006: Bévilard, Einrichtung von Mehrzweckstreifen und Bau eines Kreisels,
2007: Pontenet, Bau eines Kreisels,
2007: Court, Umbau der Kreuzung beim Schulhaus,
2007–2009: Bau Zubringer N 16-Anschluss Loveresse.

Motion 188/02 Oppliger vom 9. September 2002 betreffend Agglomerationsverkehr Thun (überwiesen am 18.02.2003: Ziff. 1 und 2 als Motion, Ziff. 3 als Postulat). Im Rahmen der abgeschlossenen Mitwirkung zur Gesamtverkehrsstudie Agglomeration Thun wurden die Massnahmenpakete im Sinne eines Gesamtprojektes anlässlich von fünf Forumsveranstaltungen mit Vertretern von 49 regionalen Institutionen inhaltlich wie auch bezüglich Prioritäten und zeitlicher Realisierung diskutiert. Dank dem dabei erreichten Konsens sind nun die Voraussetzungen gegeben, die Studie abzuschliessen und anschliessend zur Genehmigung bei Kanton und Bund einzureichen. Das Genehmigungsverfahren wird Mitte 2004 eingeleitet werden. Mit der zu erwartenden Genehmigung durch den Bund werden die formellen Voraussetzungen für die eidgenössische Subventionierung der Infrastrukturvorhaben gegeben sein. Mehrere kantonale Strassenbauprojekte, welche in der Studie begründet oder definiert sind, befinden sich bereits in Projektierung oder stehen kurz vor Baubeginn. Es ist vorgesehen, den neuen Netzteil im Norden der Stadt Thun, den Bypass Nord mit einer zusätzlichen Aarequerung, ins Strassenbauprogramm 2005–2008 aufzunehmen. Der in der Studie vorgesehene Ausbau des öV-Angebotes (Linienbusse) ist Bestandteil des dem Grossen Rat zum Beschluss vorzulegenden öV-Angebotskonzeptes 2005–2008.

Motion 075/03 Meyer vom 25. Februar 2003 betreffend Renaturierung Aarelandschaft Thun–Bern (überwiesen am 19.11.2003: Teil 1 erfüllt/abgeschrieben, Teil 2 als Postulat). Die einschlägige Planung ist im Gange. Dem Grossen Rat wird nach Vorliegen entsprechender Ergebnisse Bericht erstattet.

Motion 162/03 Häsler, Künzler, Fischer, Anderegg vom 16. Juni 2003 betreffend Brünigbahn bleibt Güterbahn (überwiesen am 10.09.2003). Die Anfrage des Kantons Bern an das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK bezüglich Zusicherung eines Investitionsbeitrages und jährlich wiederkehrenden Betriebsbeiträgen wurde abgelehnt, da bei kleinen Transportdistanzen und bei Umladevorgängen zwischen Normal- und Schmalspursystemen der Verkehrsträger Strasse Vorteile aufweise. Die SBB Brünigbahn wird per Anfang 2004 den Schienengüterverkehr auf der Strecke Interlaken–Meiringen aufgeben. Die Umsetzung der Motion käme den Kanton Bern somit zu teuer und

wäre auch nicht praktikabel, da sich der bisherige Hauptkunde der Bahn (VBS) bereits den neuen Umständen angepasst hat.

9.7.1.2 *Ausserordentliche Abschreibungen*

Keine.

9.7.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

9.7.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Motion 085/01 Daetwyler vom 10. April 2001 betreffend Aufwertung der Jurasüdfusslinie im Rahmen von Bahn 2000 (überwiesen am 21.11.2001). Der Planungsprozess für Bahn 2000, 2. Etappe, konnte noch nicht abgeschlossen werden. Das Bundesamt für Verkehr beurteilt zurzeit zwei Angebotsvarianten, welche mit unterschiedlichen Infrastrukturmodulen realisierbar sind. Der Variantenentscheid, zu dem die Kantone zu gegebener Zeit Stellung beziehen können, verzögert sich infolge von Zielkonflikten zwischen Aufgabenerfüllung und Finanzen sowie den Auswirkungen des Entlastungsprogramms des Bundes: Die Fertigstellung der Botschaft dürfte sich um zwei Jahre verschieben, sodass sich auch der Vollzug der Motion verzögert.

Motion 119/01 Gresch vom 6. Juni 2001 betreffend Neue Trägerschaften für den Verkehr und Bundesfinanzierung (überwiesen am 20.03.2002: Ziff. 1 abgelehnt; Ziff. 2 als Postulat). In der Mobilitätsstrategie Region Bern wurde die Thematik Trägerschaften in einem Teilprojekt umfassend behandelt. Der sich in Vernehmlassung befindende Synthesebericht enthält konkrete Vorschläge und Empfehlungen zur Trägerschaft.

Motion 136/01 Daetwyler vom 14. Juni 2001 betreffend Verdoppelung der Bahnschienen am Jurasüdfuss zwischen Ligerz und Twann (überwiesen am 24.01.2002). Die SBB haben die Planung für die Schliessung der Doppelspurlücke Ligerz–Twann wieder aufgenommen. Zur Begleitung der Planung wurde eine Projektorganisation geschaffen, in der alle relevanten Akteure vertreten sind.

Motion 074/02 Kiener Nellen vom 23. März 2002 betreffend Dringende Verbesserungen im Tarifverbund des Bäre-Abi (überwiesen am 18.02.2003: Ziff. 1 und 3 als Postulat, Ziff. 2 abgelehnt, Ziff. 4 als Motion). Zu Ziffer 1: Die Vorbereitungsarbeiten für einen integralen Tarifverbund schreiten zügig voran. Um ungünstige Schnittstellenprobleme zu vermeiden, wurde beschlossen, die Tarifverbundgebiete Bern und Solothurn zusammenzuschliessen und auf den Oberaargau auszudehnen. Die Zielsetzung der Einführung des ITV Bern/Solothurn/Oberaargau auf den 12. Dezember 2004 kann mit hoher Wahrscheinlichkeit eingehalten werden. Zu Ziffer 3: Der Kauf von Fahrausweisen für das ganze Verbundgebiet ist auf jeder öV-Linie gewährleistet. Aus wirtschaftlichen Gründen können jedoch nicht alle Haltestellen mit Billettautomaten ausgerüstet werden. Auf weniger stark frequentierten Linien kann das ganze Fahrausweis-Sortiment beim Chauffeur bezogen werden. Zu Ziffer 4: In den Teilprojekten «Zugang zur Bahn» und «Partner» der S-Bahn Bern werden die Informationsbedürfnisse der Fahrgäste umfassend analysiert. Entsprechende Massnahmen wurden eingeleitet und werden bis 12. Dezember 2004 umgesetzt.

Motion 112/02 Erb, Meyer, Michel vom 11. Juni 2002 betreffend Schwellenwerte der IVöB erheblich senken (überwiesen am 18.02.2003). Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion hat am 30. Oktober 2003 den Antrag des Grossen Rates für tiefere Schwellenwerte an die Schweizerische Bau-, Planungs- und UmweltschutzdirektorInnen-Konferenz (BPUK) weitergeleitet. Die Frage wird in der BPUK allerdings erst diskutiert, wenn alle Kantone der am 15. März 2001 revidierten Interkantonalen Vereinigung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) beigetreten sind. Dies dürfte 2005/2006 der Fall sein (bis Ende 2003 war etwa die Hälfte der Kantone beigetreten).

Motion 035/03 Kaufmann vom 10. Februar 2003 betreffend Gesamtverkehrsfonds und Gesamtverkehrskonzept (überwiesen am 11.09.2003 als Postulat). Der in Aussicht gestellte Bericht zum Gesamtverkehrsfonds und zum Gesamtverkehrskonzept sowie weitere anstehende Vorhaben wie z.B. Agglomerationsstrategien erfordern eine Neustrukturierung im Raumplanungs- und Verkehrsbereich. Die entsprechenden Arbeiten sind angelaufen.

Motion 067/03 Käser, Grunder vom 18. Februar 2003 betreffend Zweckgerichteter Einsatz der Strassengelder (überwiesen am 11.09.2003 als Postulat). Entsprechende Abklärungen werden im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Berichtes betreffend Gesamtverkehrsfonds getroffen (vgl. Motion 035/03 oben).

Motion 074/03 Bichsel vom 18. Februar 2003 betreffend Förderung des kombinierten Personenverkehrs (überwiesen am 11.09.2003 als Postulat). Mit Ausnahme der Massnahmen, welche im Rahmen der S-Bahn Bern 2005 realisiert werden, konnten die notwendigen Studien und Prozesse noch nicht aufgenommen werden.

Motion 111/03 Häsler vom 16. April 2003 betreffend Einheimisches Holz statt Urwaldraubbau (überwiesen am 11.09.2003). Wie in der Beantwortung der Motion ausgeführt, wird im Kanton Bern mittels entsprechender Merkblätter dafür gesorgt, dass nicht Tropenholz zur Anwendung gelangt. Die Einführung eines Umweltmanagementsystems wird das Anliegen der Motionärin noch zusätzlich unterstützen. Von Bundesseite her (KBOB) wird derzeit eine Empfehlung über die Beschaffung von Holz erarbeitet. Sobald diese vorliegt, wird auch das Hochbauamt seine Regelungen anpassen.

9.7.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Motion 252/99 Bourquin vom 16. November 1999 betreffend Lärmbekämpfung (überwiesen am 6.6.2000 als Postulat). Verlängert bis 2004. Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission sowie die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege empfahlen dem Tiefbauamt, die Ergebnisse des laufenden Studienauftrages für Wingreis abzuwarten; d.h. die Bemühungen für La Neuveville vorläufig zu sistieren. Für La Neuveville dürfte im Frühjahr 2004 ein Studienauftrag vergeben werden können.

Motion 147/00 Ryser vom 13. Juni 2000 betreffend Konzept für einen behindertenfreundlichen öffentlichen Nah- und Regionalverkehr (überwiesen am 1.2.2001). Verlängert bis 2004. Am 1. Januar 2004 tritt das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft. Die dazugehörige Verordnung regelt die Planung und Umsetzung der notwendigen Massnahmen.

Postulat 069/01 Pulver vom 2. April 2001 betreffend Förderung des öffentlichen Verkehrs Bahn 2000, 2. Etappe: kantonales Konzept für ein attraktives Angebot (überwiesen am 21.11.2001). Verlängert bis 2004. Die Botschaft des Bundesrates zu Bahn 2000, 2. Etappe wird frühestens 2004 verabschiedet und in die Vernehmlassung gegeben werden.

9.7.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Motion 173/98 Meyer vom 1. September 1998 betreffend Raschere Verfahren bei der Überprüfung von Bauentscheiden (überwiesen am 30. 6. 99 als Postulat). Im Rahmen des SAR-Folgeprojektes «Komplexe Bau- und Planungsverfahren» werden diverse Aspekte der Verfahrensbeschleunigung geprüft. Ein separates Teilprojekt «Verfahrensmanagement» widmet sich diesem Aspekt. Der Regierungsrat hat in seiner Auftragserteilung (RRB 3036 vom 5. November 2003) für diese Arbeiten eine Frist bis Ende 2004 gesetzt.

Bern, 27. Februar 2004

Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin: *Egger-Jenzer*

Vom Regierungsrat genehmigt am 31. März 2004